

Flüchtlingshilfe stellt Forderungen an die Stadt

Petition, mehr Migranten aufzunehmen, ist gescheitert. Die Organisation will die Absichtserklärung des Rates überwachen

Von Matthias Spruck

Die Flüchtlingshilfe Sprockhövel ist enttäuscht darüber, dass der Stadtrat ihre Petition „Sprockhövel zum Sicheren Hafen“ nicht unterstützt, sondern durch seinen Beschluss deutlich abgeschwächt hat. Im mehrheitlich angenommenen CDU-Antrag sieht die Flüchtlingshilfe jedoch Möglichkeiten, für geflüchtete Menschen Verbesserungen zu erreichen. Insbesondere bei der Wohnsituation und der Schulbildung will die Flüchtlingshilfe die Ratsmitglieder beim Wort nehmen.

Aktion der Flüchtlingshilfe gestoppt

Bereits die Begleitsituation der Ratssitzung hat bei der Flüchtlingshilfe Befremden ausgelöst. „Wir hatten eine Zusage, vor Beginn der Sitzung im Foyer der Glückauf-Halle 2000 Schiffchen aufzustellen“, be-



Mit Hinweis auf die Abstandsregeln hat die Stadt die Flüchtlingshilfe aufgefordert, mit weniger Teilnehmern zu demonstrieren. FOTO: FLÜCHTLINGSHILFE

richten Miriam Venn und Christoph Meer von der Flüchtlingshilfe. Diese sei jedoch einen Tag vor der Sitzung kurzfristig zurückgenommen worden. Und auch die dann vor der Halle veranstalteten Demonstration war unter dem Hinweis der Stadtverwaltung, die Coro-

na-Bestimmungen hinsichtlich des Abstands zwischen den einzelnen Demonstranten werde nicht eingehalten, fast noch verhindert worden.

Verwunderung dann bei der Organisation, als sich in der Sitzung keine Partei fand, die einen Antrag

zur Unterstützung der Petition gestellt hat. „Die Argumentation, keine Zuständigkeit für die Unterbringung zu haben und entsprechend gegenüber höheren Instanzen nichts ausrichten zu können, stimmen wir nicht zu“, sagen Venn und Meer. Sinn der Petition wäre es gewesen, den Druck auf die Bundesregierung zu erhöhen. „Gevelsberg, Wetter und Witten im EN-Kreis haben das verstanden und mit ihnen insgesamt 226 Städte und Landkreise“, so die Flüchtlingshilfe.

Internetzugang für Homeschooling

Nicht gelten lässt die Flüchtlingshilfe das vorgebrachte Argument, eine Zusage der Übernahme von Flüchtlingen über die Zuteilungsquote hinaus berge das Risiko des Kontrollverlustes auch über die Kosten. „Der Hauptteil wird vom Bund getragen und die Stadt könnte die

Zahl der zusätzlichen Flüchtlinge selbst festlegen“, so Venn und Meer.

Mit Genugtuung hat die Flüchtlingshilfe vernommen, dass in den Beschluss einige ihrer zentralen Forderungen berücksichtigt werden sollen. So wird beabsichtigt, „alle notwendigen Ressourcen für eine menschenwürdige Versorgung insbesondere in den Bereichen Wohnen, medizinische Versorgung und Bildung und gesellschaftliche Teilhabe zur Verfügung“ zu stellen. Diese Absichtserklärung und Transparenz beim städtischen Handeln will die Flüchtlingshilfe künftig überwachen und konkrete Forderungen stellen: „Wegen Corona sollen keine Gemeinschaftsunterkünfte mehr geduldet werden“, so Miriam Venn und Christoph Meer. Auch sollen Flüchtlingkinder mit Geräten und Internetzugang beim digitalen Unterricht unterstützt werden.